

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 33/39
Telefax: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gernot Erier MdB erläutert
den politischen Umbruch in
Bulgarien: „Klasse steh auf,
aber nicht stramm!“

Seite 1

Dokumentation:

Die stellvertretende SPD-
Partei- und Fraktionsvor-
sitzende Dr. Herta Däubler-
Gmelin, hat vor der Fried-
rich-Ebert-Stiftung die
Grundlinien sozialdemokra-
tischer Entwicklungspolitik
skizziert. Wir dokumentie-
ren ihre Rede im Wortlaut.

Seite 3

44. Jahrgang / 243

19. Dezember 1989

„Klasse steh auf, aber nicht stramm!“

Der politische Umbruch in Bulgarien beschleunigt sich

Von Gernot Erier MdB

Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Parlamentariergruppe

Eigenartig, dieses Phänomen der Beschleunigung, das nun mit einigem Abstand nach Polen, Ungarn und der Sowjetunion und kurz nach den stakkato-artigen Szenenwechseln in Ost-Berlin und Prag auch Bulgarien infiziert hat: Am 10. November hatte Todor Schiwkow nach 35 Jahren seinen Hut nehmen müssen, am 16. November schickt das ZK-Plenum einige seiner Getreuesten nach Hause (u.a. Grischa Filipow, Milko Balew, Dimitar Stojanow, Petko Dantschew, Stojan Owtscharow). Eigentlich sollte das nächste ZK-Plenum erst am 11. Dezember beginnen, der neue Staats- und Parteichef Petar Mladenow berief die Parteiführung aber bereits zum 8. Dezember wieder ein. Weitere kompromittierende Führungskader fielen vom Personalkarussell: Iwan Panew, Jordan Jotow, Pentscho Kubadinski, Georgi Jordanow und Natscho Papsow, letzterer erst am 16. November reingewählt, mußten ihre Sitze im Politbüro räumen. Sie machten Platz für Beltscho Beltschew, Iwan Inwanow, Petko Danew und den von Schiwkow 1983 aus dem Politbüro (1986 auch aus dem ZK) gefeuerten Alexander Lilow. Weitere 26 Leitfiguren der alten Zeit verschwanden aus dem Zentralkomitee. Nach nicht einmal vier Wochen verweht sich, zumindest an der Spitze der BKP, die personalpolitische Spur des Cliquen-Chefs Schiwkow (auch er büßte seinen Platz im ZK ein) wie Herbstlaub im ersten Wintersturm.

Der Personalwechsel scheint zwei Kriterien zu gehorchen: Wiedergutmachung an Kadern, denen Schiwkow übel mitgespielt hatte (die Rückkehr des 75jährigen Radenko Grigorow ins ZK ist solch ein Beispiel), und Aufrücken von Praktikern aus den außersofistischen Zentren. Mladenow nutzt die Chance, auf diese Weise erneut jene mutige Entschlossenheit zu zeigen, ohne die er den Sturz Schiwkows nicht geschafft hätte. Der Respekt für ihn wächst, und es kann ihm recht sein, daß am 11. Dezember Radio Free Europe einen Brief von ihm bekanntmachte, nachdem er schon am 27. Oktober dem selbstsicheren Schiwkow den Fehdehandschuh hingeworfen hatte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Presse-Druck-Verlag
mit wasserpolym. Rohstoffe
Kochsalz-Papier



§ 12

Das Präsidium der Vollversammlung beruft die Vollversammlung ein und leitet sie.

§ 13

Die Vollversammlung wählt den Vorstand: 1. und 2. Sprecher oder Sprecherin, Kassenwart, Personen für weitere Ämter, 2 Vertreter für den Koordinierungsausschuß.

§ 14

Der Koordinierungsausschuß stellt den Kontakt zwischen den Vollversammlungen der Bildungseinrichtungen auf Landesebene her und bereitet die Delegiertenkonferenz auf Landesebene vor. Zwischenebenen sind möglich.

§ 15

Die Delegiertenkonferenz berät und beschließt die Leitlinien der Arbeit des BSDS.

§ 16

Die Vollversammlungen, die Delegiertenkonferenz und der Koordinierungsausschuß geben sich eine Geschäftsordnung.

Wahlen

§ 17

Beschluß- und Wahlfähigkeit besteht bei Anwesenheit von 2/3 der Mitglieder bzw. Delegierten der jeweiligen Ebenen.

§ 18

Wahlen sind geheim.

§ 19

Jedes Mitglied hat aktives und passives Wahlrecht.

§ 20

Für die Mandatsvergabe ist absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erforderlich. Falls diese im ersten Wahlgang nicht erreicht wird, findet eine Stichwahl statt, bei der einfache Mehrheit ausreicht.

§ 21

Zur Abwahl eines Mandatsträgers ist 2/3-Mehrheit erforderlich.

§ 22

Diese Satzung gilt bis zur ersten Delegiertenkonferenz.

KONTAKTADRESSEN:

Maren Löbert
Felsenstr. 19/110
4020 Halle/Saale

Rolf Leonhardt
Puschkinstr. 26
4020 Halle/Saale

Stefan Ebmeyer
Elsa-Brandström-Str. 13
1100 Berlin

Johannes Wien
B.-Koenen-Str. 36
4250 Lutherstadt Eisleben

Tilo Materna
Kirchnerstr. 6
4020 Halle/Saale

Jörg Brauns
Kantstr. 5
5300 Weimar

Christiane Müller
Kleine Klausstr. 6
4020 Halle/Saale

Friedemann Stengele
Hafenstr. 41
4020 Halle/Saale

Tjark Völker (Tel. 4480195)
Kollwitzstr. 79
1058 Berlin

* * *

(-/13.18.1989/vo-ha/hgs)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 648 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gernot Erler MdB erläutert den politischen Umbruch in Bulgarien: „Klasse steh auf, aber nicht stramm!“

Seite 1

Dokumentation:

Die stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Herta Däubler-Gmelin, hat vor der Friedrich-Ebert-Stiftung die Grundlinien sozialdemokratischer Entwicklungspolitik skizziert. Wir dokumentieren ihre Rede im Wortlaut.

Seite 3

44. Jahrgang / 243

19. Dezember 1989

„Klasse steh auf, aber nicht stramm!“

Der politische Umbruch in Bulgarien beschleunigt sich

Von Gernot Erler MdB

Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Parlamentariergruppe

Eigenartig, dieses Phänomen der Beschleunigung, das nun mit einigem Abstand nach Polen, Ungarn und der Sowjetunion und kurz nach den stakkato-artigen Szenenwechseln in Ost-Berlin und Prag auch Bulgarien infiziert hat: Am 10. November hatte Todor Schiwkow nach 35 Jahren seinen Hut nehmen müssen, am 18. November schickt das ZK-Plenum einige seiner Getreuesten nach Hause (u.a. Grischa Filipow, Milko Balew, Dimitar Stojanow, Petko Dantschew, Stojan Owtscharow). Eigentlich sollte das nächste ZK-Plenum erst am 11. Dezember beginnen, der neue Staats- und Parteichef Petar Miladenow berief die Parteiführung aber bereits zum 8. Dezember wieder ein. Weitere kompromittierende Führungskader fielen vom Personalkarussell: Iwan Panew, Jordan Jotow, Pentscho Kubadinski, Georgi Jordanow und Natscho Papsow, letzterer erst am 18. November reingewählt, mußten ihre Sitze im Politbüro räumen. Sie machten Platz für Beltscho Beltschew, Iwan Inwanow, Petko Danew und den von Schiwkow 1983 aus dem Politbüro (1986 auch aus dem ZK) gefeuerten Alexander Lifow. Weitere 26 Leitfiguren der alten Zeit verschwanden aus dem Zentralkomitee. Nach nicht einmal vier Wochen verweht sich, zumindest an der Spitze der BKP, die personalpolitische Spur des Cliques-Chefs Schiwkow (auch er büßte seinen Platz im ZK ein) wie Herbstlaub im ersten Wintersturm.

Der Personalwechsel scheint zwei Kriterien zu gehorchen: Wiedergutmachung an Kadern, denen Schiwkow übel mitgespielt hatte (die Rückkehr des 75jährigen Radenko Grigorow ins ZK ist solch ein Beispiel), und Aufrücken von Praktikern aus den außersofistischen Zentren. Miladenow nutzt die Chance, auf diese Weise erneut jene mutige Entschlossenheit zu zeigen, ohne die er den Sturz Schiwkows nicht geschafft hätte. Der Respekt für ihn wächst, und es kann ihm recht sein, daß am 11. Dezember Radio Free Europe einen Brief von ihm bekanntmachte, nachdem er schon am 27. Oktober dem selbstsicheren Schiwkow den Fahdehandschuh hingeworfen hatte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.



44. Jahrgang / 243 / 19. Dezember 1989

Die offizielle Sprache radikalisiert sich. Abrechnung wird vorbereitet. „Die Strukturen des bürokratischen Befehlssystems werden ins Wanken gebracht, die administrativen Götzenbilder des gestrigen Tages zerfallen“, hatte Mladenow noch am 17. November vor den Abgeordneten der Volksversammlung orakelt. Am 11. Dezember findet er auf der Plenartagung des ZK deutlichere Worte. Jetzt ist die Rede von den „entarteten Zügen“ des „Selbstherrschersystems von Todor Schiwkow“ und von der notwendigen Überwindung des „stalinistischen administrativen Kommandosystems“. Schon rumort es in dem Wahlbezirk, für den Schiwkow (noch) im Parlament sitzt. Nachdem der Abgeordnete Slawtscho Transki behauptet hatte, Schiwkow pendele zwischen 30 Schlössern, Villen und Jagdpavillons hin und her, untersucht jetzt eine Kommission den Verdacht von Korruption und Machtmißbrauch. Die Transparente auf den „Meetings“ werden deutlicher. Es wäre ein Wunder, wenn der Selbstherrscher für 35 Jahre ohne Prozeß davorkäme.

Mladenow braucht die noch unverrauchte Wut auf Schuldige. Denn die Wirtschaftsdaten, erstmals unfrisiert auf dem Glasnost-Teller dargeboten, erschrecken die Öffentlichkeit. Bulgarien sitzt tief in der Wirtschaftskrise. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoff verschlechtert sich, die Inflation steigt, die Auslandsverschuldung hat zehn Milliarden Dollar überschritten. Schnelles Handeln scheint geboten.

Die neue Führung hat das verstanden. Am 26. März 1990 wird bereits ein außerordentlicher Parteitag stattfinden; er wäre eigentlich erst im Frühjahr 1991 fällig gewesen. Erstmals freie und demokratische Wahlen für die Volksversammlung sollen nicht später als im Mai 1990 folgen. Noch im selben Jahr will das Parlament eine neue Verfassung verabschieden. Die Stichworte lauten: Stärkung des Parlaments, mehr Unabhängigkeit der Regierung von der Partei, keine Verfassungsgarantie mehr für die Führungsrolle der BKP. Umriss einer Wirtschaftsreform, die ebenfalls bis Ende 1990 greifen soll, zeichnen sich bereits ab. „Alle Eigentumsformen“ sollen in ihr Platz finden; auf dem Lande, so heißt es, werden Genossenschaften und Privatbauern, die neue Pachtmöglichkeiten nutzen können, das Bild bestimmen. Mladenow nutzte das ZK-Plenum vom 11. Dezember dazu, eventuelle ideologische Zweifel zu entkräften. Indem er kurzerhand die „nicht-marxistische Sichtweise“ kritisierte, die Sozialismus und Marktwirtschaft für inkompatibel erklärte.

Die Oppositionsgruppen außerhalb der BKP haben zweifellos die Atmosphäre geschaffen, in der Mladenows Coup vom 10. November gedeihen konnte. Momentan kann man nicht klar erkennen, wer nun das Tempo bestimmt. Am 8. Dezember haben die nichtoffiziellen Gruppen als eine Art Dachverband eine „Union der demokratischen Kräfte Bulgariens“ gegründet. Das Spektrum ist breit. Zu der letzten Demonstration am 10. Dezember riefen 17 verschiedene Gruppen auf, darunter auch gerade neu gegründete Parteien.

Die sich nur zögerlich freischwimmende Bauernpartei, bislang in der Nationalen Front mit der BKP eng liiert, hat Konkurrenz erhalten durch eine ländliche Interessenvertretung, die sich auf den 1947 hingerichteten Führer der Bauernpartei Nikola Petkow beruft. Am 28. November haben die bulgarischen Sozialdemokraten durch einen lapidaren Brief an Mladenow kundgetan, daß es sie wieder gibt. Vorsitzender der „Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (vereinigt)“ - bulgarisch: Bulgarska Rabotnitscheska Sozialdemokratischkeska Partija (obedinena); Abkürzung: BRSDP (o) - ist Dr. Atanas Moskow, Geschäftsführer der Journalist Dr. Peter Dertliew. Schon nach wenigen Tagen sollen 1.000 Leute Interesse am Beitritt gezeigt haben. Aber selbst die einfachsten materiellen Dinge fehlen für eine politische Betätigung, so daß bisher nicht einmal Mitgliedsbücher ausgestellt werden konnten. Den übrigen Gruppen und sich allmählich formierenden Parteien geht es nicht anders. Chancengleichheit in dieser Hinsicht werden sie sich erst erstreiten müssen.

Die Demonstrationen und Meetings auf Sofias Plätzen und Straßen liefern dazu vielfältige Anregungen. Hier herrscht dieselbe Mischung aus Kreativität und Sehnsucht nach Wahrheit, wie man sie in den letzten Wochen in Leipzig oder auf dem Prager Wenzelsplatz antreffen konnte. „Klasse steh auf, aber nicht stramm!“ haben Schüler auf Transparente geschrieben. Auf einer Kundgebung am 17. November formulierte der wackere Slawtscho Transki: „Die Politik wird heute daran gemessen, was und wieviel es auf dem Markt gibt.“ Eine nüchterne Erkenntnis. Die BKP-Führer wissen, daß sie trotz der Zersplitterung und Unerfahrenheit der Opposition nicht sicher sein können, Machtteilungen wie in Polen, der DDR und der CSSR vermeiden zu können. Mladenow hofft auf einen milden Winter.

(-/19.12.1989/va-he/st)

DOKUMENTATION

Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene

Die stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Herta Däubler-Gmelin hat auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Nord-Süd-Konflikt am 13. Dezember die Perspektiven ihrer Partei für die künftige Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erläutert. Ihre Stellungnahme im Wortlaut.

I.

Alle Welt schaut zur Zeit auf die dramatischen Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa. Das ist verständlich. Gerade für uns Deutsche verbinden sich damit große Hoffnungen: für die endgültige Überwindung des Kalten Krieges, für die Beendigung des aberwitzigen Rüstungswettlaufs und für eine neue europäische Friedensordnung, in der auch wir Deutschen unseren Platz haben und zu der wir unseren Teil einbringen wollen.

Damit erfüllt sich zugleich das politische Anliegen sozialdemokratischer Entspannungsbemühungen, die beginnend mit dem ersten Passierscheinabkommen in Berlin 1963 und den Ost-Verträgen in den 70er Jahren gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU den Grundstein für Veränderungen gelegt haben.

Diese neue Entwicklung hat zwei wichtige Konsequenzen:

1. Wenn die Revolution im Osten - was wir alle hoffen - weiterhin friedlich verläuft, könnte der Ost-West-Konflikt der letzten 45 Jahre deutlich zurücktreten und endlich die Chance bestehen, politische und materielle Ressourcen, die durch den Kalten Krieg gebunden worden sind, für die Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes freizumachen. Das ist gut.
2. Gegenläufig dazu könnten die Anforderungen für die wirtschaftliche Unterstützung der Völker Ost-Mitteleuropas: zur Überwindung ihrer ökonomischen und sozialen Krise im kommenden Jahrzehnt erhebliche Mittel binden, die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dann nicht zur Verfügung stehen.

Davor haben viele Angst. In Europas südlichen Teilen ebenso wie außerhalb. Vor einigen Wochen war ich in Spanien und habe mir dort sorgenvolle Worte angehört: Es wurde berichtet, große US-Konzerne, die bisher auf der iberischen Halbinsel investieren wollten, erklärten schon jetzt unter der Hand, Budapest sei attraktiver. Vor knapp einem halben Jahr, in Basel, anlässlich der europäischen ökumenischen Konferenz der Kirchen wurden die ganz realen Ängste aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt laut: Jetzt, so konnte man hören, würden wohl die Ressourcen EG-Europas nach Osten fließen - und die Hilfe für den Süden der Welt entsprechend abnehmen. Und, so wurde bitter geklagt, die EG, die ja politisch und kulturell ein Torso bliebe ohne die Länder des östlichen Mitteleuropas - die EG werde sich zur Zweiten Welt öffnen und die Tore zur Dritten Welt verrammeln. Das wollen wir nicht.

Dies müssen wir bei der Planung der Nord-Süd-Arbeit der SPD berücksichtigen. Wir müssen verhindern, daß erneut nur die Sorgen unseres Kontinents im Mittelpunkt stehen und ein neuer Euro-Zentrismus Vierfünftel der Erde weiterhin an den Rand der Welt drängt.

II.

Es gibt kaum einen Bereich der internationalen Zusammenarbeit, der innerhalb der SPD so breit gefächert zwischen Kommunen, Ländern und Bund angelegt ist, wie der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb freue ich mich besonders, daß wir Ihnen im Rahmen dieser Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung den jüngsten Beschluß der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der SPD-Fraktionen im Bund und in den Ländern zur Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene vorstellen können.

Bereits 1962 verständigten sich die Ministerpräsidenten der Länder darüber, daß Entwicklungspolitik nicht nur Sache des Bundes ist, sondern auch Aufgabe der Bundesländer und der Kommunen, der Städte und Gemeinden. Eine Menge ist auch geschehen und auf den Weg gebracht worden.

Vor wenigen Tagen stellte die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der SPD in Düsseldorf in diesem Zusammenhang fest:

„Unter dem Eindruck, daß sich die Lage der Entwicklungsländer in den letzten Jahren weiter verschlechtert hat und durch wachsende Verschuldung, Armut und Umweltzerstörung sich die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vertieft hat, ...sollen sich die Bundesländer und Kommunen entsprechend ihrer spezifischen Kompetenzen und Ressourcen auf folgende Arbeitsfelder konzentrieren.

- Bildungs- und Informationsarbeit an Schulen und Hochschulen und gegenüber der Öffentlichkeit sowie Forschung;
- Ausbildung und Fortbildung von Fachkräften im In- und Ausland;
- Projekte vor allem in der personellen Hilfe im In- und Ausland.“

Schon vor Jahresfrist haben sich die Fraktionsvorsitzenden in Berlin mit dem entwicklungspolitischen Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Oktober 1988 beschäftigt. Sie haben dabei diesen Beschluß nachdrücklich unterstützt, zugleich aber die Forderung erhoben, die darin enthaltenen Zielsetzungen in einem konkreten Maßnahmenkatalog zu operationalisieren. Deshalb haben sie eine ad hoc-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, bis zum Herbst 1989 konkrete Maßnahmen für die Arbeit der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen auf dem Felde der Nord-Süd-Zusammenarbeit vorzuschlagen. Dieser Bericht liegt jetzt vor.

In den Leitlinien der sozialdemokratischen Nord-Süd-Politik, die auf dem Bundesparteitag in Münster 1988 verabschiedet wurden, haben wir festgestellt, daß die bisherigen entwicklungspolitischen Konzeptionen und Leistungen quantitativ nicht ausreichen, um einen wirksamen Beitrag zum Ausgleich zwischen Entwicklungs- und Industrieländer zu leisten. Wir haben gesagt: Eine neue Orientierung der Entwicklungspolitik muß von grundsätzlichen neuen Anforderungen ausgehen:

1. Nord und Süd bilden eine Gemeinschaft, die auf Dauer nur als Ganzes überleben kann. Das gemeinsame Interesse von Nord und Süd in einer globalen Entwicklungspartnerschaft muß sich gegen Sonderinteressen in Nord und Süd durchsetzen.
2. Der vom Norden geprägte Begriff von Entwicklung erweist sich zunehmend als fragwürdig. Der Süden muß die Chance haben, seinen eigenen Entwicklungsweg entsprechend seiner eigenen sozio-kulturellen Orientierung zu bestimmen. Im Norden muß die Bereitschaft wachsen, von anderen Kulturen zu lernen und deren Werte zu respektieren. Die Industrieländer müssen die eigenen Ansprüche an den Weltressourcen reduzieren, Produktion und Verbrauch der globalen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unterordnen, die eigene Wirtschaft ökologisch erneuern und eine soziale Kontrolle der internationalen Arbeitsteilung sicherstellen. Es ist gut, daß wir das beschlossen haben. Die Verantwortung - darum geht es heute! Berlin wird unsere nächste Etappe sein und in den Wahlkämpfen der kommenden Monate werden wir auch dafür um Unterstützung werben.

III.

Für die SPD ist die Nord-Süd-Arbeit keine isolierte, ausschließlich an Alltagsproblemen orientierte Frage. Sie hat für uns programmatische Qualität. Sie steht in unserer auf die Völkergemeinschaft gerichteten Tradition, in der unsere Grundwerte von Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität über die nationalen Grenzen hinaus Gültigkeit haben sollen.

Uns ist bewußt, daß in den Industrieländern Beschäftigung und Wohlstand auch auf Kosten der Menschen in den Entwicklungsländern gesichert werden. Ich habe diese besondere Verantwortlichkeit, aus der wir uns nicht fortstehlen dürfen, kürzlich bei der Tagung des Ökonomischen Rates der Kirchen in Basel wieder in aller Klarheit thematisiert gefunden.

Gerechtigkeit verlangt, daß wir hier einen Ausgleich der Interessen verwirklichen, der zweifellos auch mit Opfern auf unserer Seite verbunden ist.

Die Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung ist für die SPD nicht nur auf Europa bezogen. Jedes Land hat Anspruch darauf, seinen eigenen Entwicklungsweg zu suchen. Niemand darf durch politischen und wirtschaftlichen Druck den Ländern des Südens - ebensowenig wie im Osten - ein Wirtschaftssystem oder eine außenpolitische Orientierung aufzwingen.

Internationale Solidarität verbindet sich für uns ebenso mit dem Widerstand gegen jede Form von Ausbeutung wie mit praktischer Hilfe zur Selbsthilfe. Was das heißt, ist uns bewußt.

Die Herausforderungen und Bedrohungen durch das wirtschaftliche Ungleichgewicht und die soziale Verelendung, die 80 Prozent der immer weiter explodierenden Weltbevölkerung betrifft, sind heute im gleichen Maße zu einer Existenzfrage für die Menschheit geworden wie die sich ankündigende Umwelt- und Klimakatastrophe. Wer das Überleben der Menschheit sichern will, muß

- die weltweite Aufrüstung und die Waffengeschäfte, an denen sich auch zunehmend die Länder der sogenannten Dritten Welt beteiligen, beenden;
- muß damit aufhören, Länder der südlichen Halbkugel als billigen Müllplatz für die lebensgefährlichen Abfallprodukte und Giftstoffe der Industrieländer zu mißbrauchen;
- muß die aus wirtschaftlicher Not betriebene ruinöse Ausbeutung natürlicher Ressourcen in diesen Ländern eindämmen helfen und
- muß mithelfen, daß die Bevölkerungsexplosion in Afrika, Asien und Lateinamerika durch verbesserte Lebensbedingungen gestoppt wird.

Wer diesen Zusammenhang leugnet, wird die Aufgaben, die vor uns stehen, nicht lösen können. Im Gegenteil: Flickwerk und falsche Schuldzuweisungen an die Länder der Dritten Welt werden in den kommenden Jahren die Konflikte verschärfen. Niemand darf sich der Illusion hingeben, die Menschen in den Industrieländern könnten ungeschoren davonkommen. Die Vernichtung der tropischen Regenwälder, die Aufheizung der Atmosphäre, die Zerstörung der Ozonschicht, die wachsenden Flüchtlingsströme, die weltweite Verschuldungskrise, die Verbreitung neuer Krankheiten, die Drogen, der Terrorismus - dies sind alles Auswirkungen einer verfehlten Weltentwicklungspolitik, die seit Jahrzehnten von den Vereinten Nationen zu Recht angeprangert wird, und die uns unmittelbar betrifft.

IV.

Vor zehn Jahren traf sich im Dezember die Nord-Süd-Kommission unter Leitung von Willy Brandt, um den Bericht, der unter der Überschrift „Das Überleben sichern“ wenige Monate später veröffentlicht wurde, abzuschließen. Wir müssen zehn Jahre später feststellen, daß in vielen Teilen der Welt die Empfehlungen und Warnungen gefunden haben; in der Bundesrepublik Deutschland aber haben weder Regierung noch Parlament diese Empfehlungen aufgegriffen.

In der Einleitung zu diesem Bericht hat Willy Brandt festgestellt:

„Unser Bericht gründet sich auf das wohl einfachste gemeinsame Interesse: Daß die Menschheit überleben will und - wie man hinzufügen könnte - auch die moralische Pflicht zum Überleben hat. Dies wirft nicht nur die klassischen Fragen nach Krieg und Frieden auf, sondern schließt auch ein, wie man den Hunger in der Welt besiegt, wie man das Massenelend überwindet und die herausfordernde Ungleichheit in den Lebensbedingungen zwischen Reichen und Armen. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht handelt vom Frieden.

Ob es uns paßt oder nicht: wir sehen uns mehr und mehr Problemen gegenüber, welche die Menschen insgesamt angehen, so daß wirklich auch die Lösungen hierfür in steigendem Maße internationalisiert werden müssen.

Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen - Krieg, Chaos, Selbsterstörung - erfordert eine Art „Weltinnenpolitik“, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch nationaler Grenzen weit hinausreicht.

Zu oft sind Diskussionen als ein „Dialog der Gehörlosen“ geführt worden. Die Luft ist stickig von Alibi-Argumenten, die nichts entschuldigen wollen. Das gilt für alle Seiten. Es ist üblich geworden, sich selber gute Noten zu geben und den anderen nur Fehler anzukreiden. Was dabei heraus kommt, sind Stillstand und Frustration.“ Soweit Willy Brandt.

Der von der Kommission vorgeschlagene Nord-Süd-Gipfel und die Straffung der internationalen Institutionen sind bisher unerfüllt geblieben. Der Appell der Kommission an die Jugend, an die Frauen - und die Gewerkschaftsbewegungen, an die Initiativen der Bürger, Wissenschaftler, Lehrer und kirchliche Organisationen dagegen hat viel Resonanz gefunden. Der Konziliare Prozeß der christlichen Kirchen hat eine neue Qualität ökumenischer Zusammenarbeit hervorgebracht und die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu den zentralen Fragen christlicher Mitverantwortung für das Überleben der Menschheit gemacht. Die SPD war bekanntlich in Basel. Vor wenigen Tagen haben wir mit Vertretern der evangelischen Kirche weitere Zusammenarbeit und Dialog vereinbart. Wir wissen, daß die Gestaltung unserer aller Zukunft zu wichtig ist, um sie allein Regierungen und Experten zu überlassen. Von daher gilt auch für die Nord-Süd-Spannungen, daß nur mit dem Druck der Öffentlichkeit politische Veränderungen erzielt werden können.

V.

Auch unsere heutige Veranstaltung soll unter dem besonderen Aspekt der Entwicklungszusammenarbeit in den Kommunen und Ländern Druck machen. Ohne den beiden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für die Entwicklungszusammenarbeit auf Länderebene vorgehen zu wollen, kann ich feststellen, daß Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden die Herausforderungen aufgegriffen und mit dem vorliegenden Bericht eine Vielzahl von praktischen Schritten bei der gesellschaftspolitischen Umsetzung und damit verbundenen Anforderungen eingeleitet haben. Es kommt nun darauf an, daß wir über aller aktuellen Dramatik beim Fallen des Eisernen Vorhangs nicht vergessen, beharrlich an der Bewußtseinsbildung unseres Volkes weiterzuarbeiten, daß im globalen Nord-Süd-Konflikt eine ganz andere Dramatik auf uns wartet.

(-/19.12.1989/vo-he/st)

* * *